

Unterstützt zurück an den Arbeitsplatz

Bei längerer **krankheits- oder unfallbedingter Absenz eines Arbeitnehmers** ist es unabdingbar, dass alle Beteiligten **gemeinsame Ziele** verfolgen. Wie das in der Praxis funktioniert, wurde am gut besuchten **Rework-Forum 2019** aufgezeigt.

► SILVIA KESSLER

F

Fällt ein Arbeitnehmer krankheits- oder unfallbedingt längere Zeit aus, gesellt sich zu den körperlichen respektive psychischen Beschwerden oft die Sorge um den Arbeitsplatz dazu. Arbeitnehmer laufen in solchen Situationen Gefahr, die eigenen Fähigkeiten zu überschätzen und zu früh an den Arbeitsplatz zurückzukehren. Ärzte wiederum wollen derart provozierte gesundheitliche Rückschläge möglichst vermeiden und schreiben ihre Patienten daher vorsichtshalber lieber etwas länger krank. Auch, weil sie die Anforderungen am Arbeitsplatz in der Regel kaum kennen. Durch eine verbesserte Kommunikation zwischen Arbeitgebern, Ärzten und Sozialversicherungen würde die Rückkehr in den Arbeitsprozess besser klappen. «Dessen sind sich sämtliche Akteure seit Langem bewusst», erklärte Thomas Pfiffner, Leiter der IV-Stelle der Sozialversicherungsanstalt (SVA) Graubünden, am Mittwochabend vor über 100 Gästen im Forum Würth in Chur. Damit es bei der Absicht zu einem besseren Dialog nicht beim Lippenbekenntnis bleibt, ist auf Initiative der Suva Chur und der IV-Stelle Graubünden das Netzwerk Rework entstanden. Die erste Sitzung fand 2016 statt, im letzten Herbst hat das Projekt laut Pfiffner «so richtig Fahrt aufgenommen».

Eindrückliches Podium

Inzwischen treten die Organisationen Bündner Gewerbeverband, Gastro Graubünden, Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden, Hotellerie Suisse Graubünden, Personalamt des Kantons Graubünden, Bündner Spital- und Heimverband, Bündner Ärztesverein, Gewerkschaftsbund Graubün-



Ermuntert zur Zusammenarbeit: **Thomas Pfiffner** spricht vor dem Publikum im Forum Würth über die Fortschritte von Rework und ruft die Anwesenden auf, **Teil des Netzwerks** zu werden. (FOTO PHILIPP BAER)

den, Suva Chur und Linth sowie die IV-Stelle Graubünden als Partner des Netzwerks Rework auf. Um den Austausch und die Zusammenarbeit unter allen Beteiligten zu fördern, sind Arbeitgebende vom Kleinst- bis zum Grossunternehmen, Führungskräfte, Personalfachleute, Vertretende des Gesundheitswesens, Gewerkschaftsfunktionäre und Personen aus der Sozialversicherungsbranche eingeladen. Teil des Netzwerks zu werden mit dem Ziel, durch Zusammenarbeit verunfallten oder krank gewordenen Personen eine möglichst rasche Rückkehr an den Arbeitsplatz zu ermöglichen.

Wie die von Rework angestrebte Zusammenarbeit im Alltag umgesetzt wird, wurde dem Publikum in einer eindrucklichen Podiumsdiskussion aufgezeigt. Ein inzwischen wieder ins Arbeitsleben zurückgekehrter Bauführer hatte sich bereit erklärt, am Netzwerkanlass davon zu erzählen, wie er vor vier Jahren in

ein Burn-out abgeglitten war. Seine Versuche, dem durch die Krankheit allgegenwärtigen Druck zu trotzen, schlugen fehl und arteten in bis zu 20 Panikattacken am Tag aus, wie er beschrieb. Eine stationäre Behandlung habe sich aufgedrängt. Weil sich eine längere Absenz vom Arbeitsplatz abgezeichnet habe, wurde auch die IV-Stelle informiert, wie Beat Schön, Eingliederungsberater bei der SVA Graubünden, ausführte. Beim rasch erfolgten Erstgespräch habe sich herausgestellt, dass der Betroffene die Rückkehr in seine bisherige Tätigkeit infrage gestellt habe. Zu gegebener Zeit sei daher auch der Jobcoach Robert Ambühl involviert worden.

Einen wichtigen Beitrag im konkreten Beispiel habe zudem die Ärzteschaft geleistet – am Podium repräsentiert von Peggy Guler, Chefärztin Allgemeine Psychiatrische Dienste bei den PDGR, – die mit ihrer Beurteilung des Gesundheitszustands des Betroffenen zur real-

tischen beruflichen Zukunftsplanung beigetragen habe. Entscheidend wichtig für die behandelnden Ärzte ist es laut Peggy Guler, über die Anforderungen am Arbeitsplatz Bescheid zu wissen. Und sie gab zu verstehen, dass auch der Einbezug des privaten Umfelds der Betroffenen eine wichtige Rolle für eine erfolgreiche Rückkehr an den Arbeitsplatz spielt.

Steigendes Interesse

Als Hilfsmittel für die Kommunikation zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Ärzten empfiehlt Rework das ressourcenorientierte Eingliederungsprofil (REP), ein Online-Formular, das am Anlass ebenfalls vorgestellt wurde. Das Netzwerk wird inzwischen auch an Schulungen und Kongressen vorgestellt, wie Thomas Pfiffner aufzeigte, und es präsentiert sich auf einer neu gestalteten Website.

www.rework-gr.ch

Churer Katholiken befinden über die neue Verfassung

An der Kirchgemeindeversammlung im Juni war die fehlende Botschaft zur **Totalrevision der Verfassung** der Katholischen Kirchgemeinde Chur kritisiert worden. Nun liegt diese zur **Urnenabstimmung** am 24. November vor und erläutert die – nach den Korrekturen im Plenum – weitgehend unbestrittenen Änderungen.

CHUR Im Vorfeld der Kirchgemeindeversammlung im Juni war kritisiert worden, dass für die Totalrevision der Verfassung der römisch-katholischen Kirchgemeinde Chur keine Vernehmlassung durchgeführt worden war. So wurden im Titthof die Änderungen im Plenum und ohne Vorliegen einer Botschaft diskutiert. Mit 98 anwesenden Mitgliedern war die Beschlussfähigkeit gegeben – künftig sind dafür nur noch 50 Stimmberechtigte erforderlich. Mit klaren Mehrheiten bereinigt werden konnten auch die im Vorfeld teilweise kritisierten Anpassungen bei der Grösse des Vorstandes, den Finanzkompetenzen und insbesondere bei den politischen Rechten. So sind auch in der nun zur Abstimmung gelangenden Verfassung für das Einreichen einer Volksinitiative und eines fakultativen Referendums 600 Unterschriften erforderlich (der Vorstand beantragte eine Erhöhung auf 1000). Gutgeheissen wurde hingegen einer Verdoppelung der Höhe der Finanzkompetenzen. Künftig gilt für neue einmalige Ausgaben von mehr als zwei Millionen Franken und neue wiederkehrende Ausgaben von mehr als 200 000 Franken das obligatorische Referendum. Eine Million respektive 100 000 Franken sind die Schwelle für das fakultative Referendum.

Vorstand schrumpft, eine Stimme für Pfarreien

Die wichtigste Änderung betrifft die Verkleinerung des Kirchgemeindevorstandes von bisher zehn auf noch vier von der Kirchgemeinde gewählte Personen, nämlich Präsident/in und drei weitere Mitglieder. Von Amtes wegen weiterhin Mitglied des Vorstandes sind die Pfarrer der drei Churer Pfarreien. Neu haben sie aber nur noch eine Stimme. Die Existenz von drei Pfarreien innerhalb der gleichen Kirchgemeinde sei eine Besonderheit, heisst es in der Botschaft zur Verfassungsrevision. «Da die Bildung bzw. allfällige Veränderungen hinsichtlich der Pfarreien nach kirchlichem Recht in die Zuständigkeit des Diözesanbischof fallen, verzichtet die Verfassung auf die namentliche Nennung der Pfarreien», so die Erklärung des Vorstandes. Klar definiert wird in der neuen Verfassung auch die Terminologie, was in der Verfassung, was im Gesetz und was in Verordnungen geregelt wird. Die Kirchgemeindeversammlung hatte am 12. Juni die Verfassung mit 70:2 Stimmen zu Händen der Volksabstimmung verabschiedet. NORBERT WASER

Mehr Regen, höhere Nullgradgrenze, steigende Gefahr

Wie der **Kanton Graubünden mit Naturgefahren** umgeht, hat **Roderick Kühne** auf Einladung der **Naturforschenden Gesellschaft Graubünden** im Saal Brandis in Chur ausführlich erklärt. Dabei ging er auch auf den **Klimawandel** ein, der **neue Herausforderungen** mit sich bringen wird.

Vor 151 Jahren, im Herbst 1868, regnete es wie aus Kübeln. Und es wollte nicht mehr aufhören. Flüsse traten über die Ufer, Überschwemmungen führten zu Tod und Zerstörung – auch in Vals. Die damaligen Ereignisse riefen die Regierung der noch jungen Schweiz auf den Plan. War Hochwasserschutz bis dahin Sache der Kantone gewesen, sollte sich fortan auch der Bund um die Naturkatastrophenvorsorge kümmern. Roderick Kühne vom kantonalen Amt für Wald und Naturgefahren hat am letzten Mittwochabend aufgezeigt, wie Graubünden heute und in Zukunft mit Lawinen, Felsstürzen, Murgängen und Überschwemmungen umgeht. Er referierte auf Einladung der Naturforschenden Gesellschaft Graubünden (NGG) im Saal Brandis in Chur unter dem Titel «Unsere Berge halten uns auf Trab». Die etwas «polemische» Überschrift habe ihre Wirkung nicht verfehlt, die Reihen seien praktisch bis auf den letzten Platz besetzt, stellte Kühne zu Beginn seiner Ausführungen fest. Er listete zunächst vier verschiedene Kategorien von Naturereignissen auf, mit denen Graubünden konfrontiert werden kann.

► **Lawinen – «die bekanntesten»:** Sie zeichnen sich vorher ab, viele Erfahrungen konnten im Verlaufe der Zeit

gesammelt werden. Es ist ein hoher Schutz erreicht worden.

► **Stürze – «die brutalen»:** Stein- und Blockschläge sowie Felsstürze, wobei ab einer Million Kubikmeter von einem Bergsturz gesprochen wird, können überall geschehen. Sie sind sehr schwierig zu handeln, weil sie kaum voraussehbar sind.

► **Rutschungen – «die lästigen»:** Sie können sich plötzlich ereignen, die Österreicher reden gar von Hangexplosionen, aber auch sehr langsam und tiefgründig wie etwa aktuell in Brienz/Brinzauls, in der Val Lumnezia und am Heinzenberg. Die Schutzmassnahmen sind beschränkt.

► **Wasser – «die schadbringenden»:** Zu dieser Kategorie zählen Rufen respektive Murgänge sowie Überschwemmungen. Die Vorwarnzeit ist bei Gewittern und Starkniederschlägen relativ gering. Im Fall der Fälle werden in Siedlungen Sofortmassnahmen zu Personen- und Objektschutz getroffen.

«Akzeptables Sicherheitsniveau»

Das Amt für Wald und Naturgefahren versucht, das sogenannte Ausgangsrisiko dank verschiedener Schutzstrategien auf ein «akzeptables Sicherheitsniveau» zu senken, wie Kühne darlegte,

wobei er in diesem Kontext auf die amtsübergreifende Zusammenarbeit beim Kanton hinwies. Der Weg zum Ziel führt über Vermeiden, Vermindern, Intervenieren und Überwachen. «Es ist ein fortwährender Prozess, der laufend optimiert wird.» Vermeidung geschieht durch die Raumplanung. Das heisst, es werden Gefahrenzonen ausgeschieden, in denen teils gar nicht gebaut werden darf, wie beispielsweise in Felsberg, wo



Roderick Kühne vom Amt für Wald und Naturgefahren. (FOTO PHILIPP BAER)

eine grössere «rote Zone» beim Calanda besteht. Vermindert werden kann das Risiko dank des Waldes, wovon der Schutzwald in Graubünden gut 60 Prozent respektive 122 000 Hektaren ausmacht. Der Schutz von Mensch, Tier und Sachwerten vor Lawinen, Rutschungen und Steinschlägen ist, wie Kühne sagt, «fast gratis». Natürlich hat auch die Waldpflege ihren Preis, doch Schutzbauten mit vergleichbarer Wirkung sind in Erstellung und Unterhalt rund 25-mal teurer. Diese Bauwerke erstrecken sich kantonal auf einer Länge von 400 Kilometern. Kostenpunkt: eine Milliarde Franken. Interveniert wird bei einer Katastrophe auf der Basis einer Notfallplanung, welche Massnahmen umfasst, die vorher von Einsatzkräften konkret geplant und geübt werden können. Und schliesslich stehen dem Kanton zur Erhöhung der Sicherheit eine ganze Reihe modernster technischer Hilfsmittel (Frühwarn- und Alarmsystem) zur Verfügung wie etwa in Brienz/Brinzauls, welche die Bevölkerung warnen, sobald sich die Situation am Hang zuspitzt. Zum Einsatz kommen in verschiedenen Funktionen auch Drohnen, die etwa in kürzester Zeit Aufschluss über das Ausmass eines Naturereignisses geben können – so geschehen im

Falle des Bergsturzes am Piz Cengalo mit den Murgängen bis nach Bondo.

Die Folgen der Gletscherschmelze

Der Klimawandel, der in Graubünden seit Messungsbeginn im 19. Jahrhundert «klar nachweisbar» ist, wie Kühne sagt, hat bisher höhere Temperaturen, eine gestiegene Nullgradgrenze sowie vermehrte Starkniederschläge vor allem im Winter zur Folge gehabt. Das habe dazu geführt, dass mehr Wasser auf einmal die Berge hinunterflesse. Nicht nur wegen des Regens selbst, sondern weil sich zusätzlich die Schneefallgrenze nach oben verschoben habe. Mehr Überschwemmungen seien das Resultat, so Kühne. Prognosen für die Zukunft seien schwierig, aber es werde wohl in diesem Stil weitergehen. Sprich: Naturereignisse werden sich häufen. Als Beispiel nannte Kühne die Gletscher, die bis Ende des 21. Jahrhunderts wohl fast vollständig verschwunden sein werden. Durch die frei gelegten Geröllhalden würden Erosionsprozesse ausgelöst – ohne den natürlichen Schutz einer Vegetation. NGG-Vizepräsident Jürg Brosi brachte es zum Ende des Abends auf den Punkt: «Sie sehen, wir sind nicht für alle Eventualitäten gerüstet.» ENRICO SÖLLMANN